

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Michael Habermann MdB deckt auf, wie die "Grabrede für elf Jahre Familienpolitik der Regierung Kohl" regierungsamtlich eingeschönt wurde: Manipulation.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, unterstützt die Initiative Brandenburgs, künftig Raser härter zu bestrafen.

Seite 3

Michael Müller MdB, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßt das Ergebnis des Schweizer Referendums zum alpenüberschreitenden Güterverkehr: Sieg ökologischer Vernunft.

Seite 4

Dokumentation

Brüsseler Erklärung der europäischen Sozialdemokraten für eine europäische Beschäftigungspolitik.

Seite 5

49. Jahrgang / 35

21. Februar 1994

Skandal im "Internationalen Jahr der Familien"

Manipulation beim Bericht der nationalen Kommission zum Internationalen Jahr der Familie 1994?

Von Michael Habermann MdB

Mitglied im Bundestage-Ausschuß für Familien und Senioren und dem Finanzausschuß

I) Die Vorgeschichte

Am 22. Sept. 1992 wurde von der Geschäftsstelle für das Internationale Jahr der Familie zu den ersten Sitzungen der neun Arbeitsgruppen zur Erstellung eines Berichtes zum "Internationalen Jahr der Familie" eingeladen.

Die Präsidentschaft der Kommission übernahm Bundesfamilienministerin Rönch. Die Geschäftsstelle - finanziert aus Mitteln des Bundeshaushaltes - hat die Aufgabe, Vorbereitung und Durchführung des "Internationalen Jahres der Familie" zu koordinieren. Die Geschäftsstelle wurde mit qualifizierten Kräften besetzt, die das besondere Vertrauen der politischen Führung des Familienministeriums haben.

Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen mit Interessenverbänden und familienpolitischen Organisationen, aber auch mit Vertretern der verschiedenen Bundesministerien und Abgeordneten der Fraktionen des Deutschen Bundestages, war vordergründig pluralistisch. Schlüsselstellungen wurden aber auch hier in der Regel mit regierungsnahen Persönlichkeiten besetzt.

II) Die Arbeit

Über den Auftrag, Berichtsentwürfe zu den unterschiedlichen familienpolitisch relevanten Themenbereichen zu fertigen, wurde mit allen Arbeitsgruppenmitgliedern Konsens erzielt. Das Ziel, mit dem Bericht eine Bestandsaufnahme des Lebensstandortes Deutschland für Familien im Jahr 1994 vorzulegen, war für alle Beteiligten unstrittig. Die Inhalte, die in diese Beschreibung des Lebensstandortes Deutschland eingehen sollten, waren für die verantwortlichen Koordinatoren von entscheidender Bedeutung.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Die überwiegende Mehrheit der Arbeitsgruppenmitglieder wollte eine realistische Auflistung der Fakten, die das Leben von Familien in Deutschland derzeit bestimmen. Ungeschönt sollten die Mängel, Benachteiligungen und Probleme, mit denen viele Familien konfrontiert sind, aufgelistet werden. Ebenso sollte der Handlungsbedarf in unterschiedlichen Politikfeldern benannt werden. Konkret wollte man werden.

Trotz aller gebotener Kürze des Textes sollten aber auch die wichtigsten Entwicklungsleitlinien zukünftiger Familienpolitik deutlich werden.

Verbände und Organisationen versprachen sich von diesem Bericht der Nationalkommission über das "Internationale Jahr der Familie" hinaus einen Impuls mit positiver Langzeitwirkung auf die politischen Entscheidungsgremien. Ehrlichkeit und Offenheit gegenüber der tatsächlichen Lage der Familien in Deutschland sollten die Grundlagen für eine notwendige familienpolitische Zeitenwende sein. Statt Familie in Deutschland "schönzuschreiben", Probleme zu verniedlichen, Benachteiligungen unerwähnt zu lassen und Mängel zu verschleiern, war in den Arbeitsgruppen das Bedürfnis nach Wahrheit und Klarheit der die Lebenslagen von Familien bestimmenden Faktoren ungemein stark ausgeprägt.

III) Die Ergebnisse

Diese Arbeitshaltung und Interessenkumulation der Arbeitsgruppenmitglieder fand ihren Niederschlag in den Texten, die eine Vielzahl der Expertinnen und Experten in die Arbeitsgruppen einbrachten. Die ganze Erfahrung und Praxis der tagtäglichen Arbeit flossen in die Formulierungen ein. Unter den Praktikern und Experten der Wohlfahrtsorganisationen und Familienverbände wurde Konsens erzielt, sowohl in den Beschreibungen des Ist-Zustandes, als auch in den Formulierungen der Ziele und Weiterentwicklungsnotwendigkeiten.

Die Ergebnisse mußten bei der politischen Leitung des Familienministeriums Alarm auslösen! Man war plötzlich mit der Frage konfrontiert, ob die Bundesfamilienministerin als Präsidentin der Nationalkommission einen Bericht vorlegen und vertreten kann, der in wesentlichen Teilen eine geharnischte Kritik an der Familienpolitik der Bundesregierung beinhaltet? Und ist es darüber hinaus denkbar, daß die Familienministerin sich auf Problembeschreibungen und Mängellisten einlassen muß, die sie bisher stets abstritt oder zumindest in ihrer Bedeutung unterminierte? Sollte sich Frau Rönsch etwa auf Entwicklungsziele in der Familienpolitik einlassen, die denen der Bundesregierung entgegengesetzt sind?

IV) Die ministerielle Taktik und der Kompromiß

Noch während die Arbeitsgruppen tagten, mußten die Beamten des Familienministeriums neue Berichtsteile fixieren. Alternative Formulierungen tauchten so in allen Arbeitsgruppen auf. In "Konsalik-Manier" wurden einige Beamte zu Vielschreibern. Die Texte wurden durch den "politischen Weichspüler" entschärft, oder "angereichert"; manche thematisch neu "überdacht" und dem Sprachgebrauch sowie der Sichtweise der Bundesregierung angepaßt.

Die Aussicht, im Wahljahr 1994 mit einem familienpolitischen Bericht konfrontiert zu sein, der die ganze familienamtliche Zustandsbeschreibung des Hauses Rönsch, dem Bundeskanzleramt und dem Konrad-Adenauer-Haus nicht nur abträglich gewesen wäre, sondern vielmehr genau deren Intensionen entgegengelaufen wäre, alarmierte die politischen Schaltstellen. Die Beamten aller beteiligten Ministerien wurden nochmals auf die regierungsamtliche Linie vergartert. Eine "harte Diskussionslinie" für die letzten Arbeitsgruppensitzungen wurde festgelegt. Es mußte mit allen Mitteln verhindert werden, daß die Bundesfamilienministerin als Präsidentin der Nationalkommission einen Bericht vorlegt, den man als familienpolitische Grabrede für die 11 Jahre Familienpolitik der Bundesregierung hätte verstehen müssen.

Die Experten und Vertreter der Verbände in den Arbeitsgruppen waren dann in Teilen auch, was Formulierungen betraf, kompromißbereit. Sowohl Textumfang als auch die Einsicht der Begrenztheit der eigenen Konfliktfähigkeit in diesen Fragen, weil man doch finanziell an der langen Leine der Bundesregierung geführt wird, ließen statt eines letzten Beharrens auf Text-

teile und bestimmten Formulierungen eine spürbare Kompromißbereitschaft merken. Trotzdem hatten die meisten Arbeitsgruppenmitglieder das Gefühl, mit den erzielten Kompromissen eine gerade noch vertretbare Beschreibung des Lebensstandortes Deutschland für Familien erreicht zu haben.

V) Die Manipulation

Daß die Texte nicht regierungsamtlich genug waren, mußten die Teilnehmer spätestens dann erkennen, als ihnen die Endfassung der "redaktionell überarbeiteten Texte" von der Geschäftsstelle vorgelegt wurden. Der Vergleich mit den in den Arbeitsgruppen verabschiedeten Texten zeigte überdeutliche Veränderungen. Ganze Textteile verschwanden. Neue Textteile wurden eingebaut und die Semantik durch den Austausch oder das Weglassen bzw. Hinzufügen von Begriffen auf regierungsamtlichen Kurs gebracht.

Obwohl es im Bericht der Nationalkommission bei genauerem Hinsehen immer noch wichtige und richtige Hinweise und Beschreibungen zu der Lage der Familien in Deutschland gibt, sind dem Bericht die "Zähne" gezogen worden. In zig-tausendfacher Auflage wurde der Familienreport Anfang des Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt.

Was als Akt demokratischer Willensbildung in den Arbeitsgruppen durch die gemeinsam getragene Formulierung entstanden war, wurde in einer Nacht- und Nebelaktion bewußt verändert und damit entstellt.

VI) Die Konsequenzen

Die Präsidentin für das "Internationale Jahr der Familie" würde gut daran tun, wenn sie möglichst umgehend erklärt, ob sie für diese Veränderung der Texte im "Familienreport" verantwortlich ist. Das Familienministerium sollte prüfen, ob nicht durch das Eingeständnis der Verantwortlichkeit für diese Vorgänge, die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle in der Öffentlichkeit entlastet werden können.

Hatte diese Bundesregierung schon lange ihre familienpolitische Fachkompetenz verloren, so hat sie sich jetzt auch mit der möglichen Initiierung und der zu vermutenden Duldung der Textmanipulationen selbst diskreditiert. Nach dem Kindergeldskandal hat sich die Bundesregierung jetzt den zweiten familienpolitischen Skandal im "Internationalen Jahr der Familie" eingehandelt.

(-/21. Februar 1994/hgs/ks)

Härteres Vorgehen gegen extreme Raser ist gerechtfertigt

Die Gefährdung Dritter darf nicht länger als Ordnungswidrigkeit abgetan werden

**Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Der Vorstoß des Landes Brandenburg im Bundesrat, schwerwiegende Geschwindigkeitsüberschreitungen in den Tatbestandskatalog des Paragraphen 315 c des Strafgesetzbuchs ("Straßenverkehrsgefährdung") aufzunehmen, geht in die richtige Richtung.

Nach wie vor ist überhöhte Geschwindigkeit die Unfallursache Nummer 1. Deshalb ist eine konsequentere Ahndung der schlimmsten Auswüchse mehr als geboten.

Dabei geht es nicht um eine generelle Kriminalisierung aller Geschwindigkeitsverstöße. Paragraph 315 c StGB setzt voraus, daß der Autofahrer grob verkehrswidrig und rücksichtslos han-

delt und dadurch Leib oder Leben eines anderen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet. Eine Anwendung dieser Vorschrift kommt also nur bei einer extremen Geschwindigkeitsüberschreitung und gleichzeitiger Gefährdung Dritter in Frage, zum Beispiel wenn jemand mit 100 km/h durch eine Tempo-30-Zone rast.

Ein solches Verhalten kann man nicht mehr als simple Ordnungswidrigkeit abtun; hier müssen strafrechtliche Sanktionen eingreifen. In der Regel wird das eine Geldstrafe und die Entziehung der Fahrerlaubnis sein. Gefängnisstrafen werden üblicherweise erst im Wiederholungsfalle verhängt.

Die Diskussion der letzten Tage um "fünf Jahre Gefängnis für Raser" geht deshalb am Kern des Problems vorbei und führt in die Irre. Der Vorschlag Brandenburgs ist differenziert und angemessen; die Landesjustizministerien haben in ersten Stellungnahmen eine durchweg positive Reaktion erkennen lassen.

Was nun aussteht, ist eine Stellungnahme der Bundesregierung. Sie darf zu dieser wichtigen Diskussion nicht länger schweigen!

(-/21. Februar 1994/hgs/ks)

Sieg ökologischer Vernunft
SPD begrüßt Ausgang des Schweizer Referendums

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Ausgang der schweizerischen Alpeninitiative, innerhalb der nächsten zehn Jahre den Lkw-Transitverkehr auf die Schiene zu verlagern, ist ein Sieg ökologischer Vernunft. Dieser Erfolg der gegen die große Mehrheit der Schweizer Regierung in einem Land erreicht wurde, das sogar eine Autofahrer-Partei kennt, ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß eine Wende in der Umwelt- und Verkehrspolitik möglich ist.

Die Alpen sind in besonderer Weise durch den Autoverkehr und die Umweltbelastungen gefährdet. Dieses ökologische Schlüsselssystem in Mitteleuropa hat sich in den letzten 20 Jahren schon gefährlich verändert, denn allein in diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Gletscher halbiert. Die Schnee- und Eisspeicherfähigkeit der Alpen wird geringer. Dadurch ergeben sich weitreichende Folgen für die Grundwasserbildung und das Abflußregime zum Beispiel des Rheins. Die dramatischen Hochwasser der letzten Wochen sind unter anderem auch ein Ergebnis der Tatsache, daß die Alpen weniger Eis speichern und das Wasser schneller abfließt.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, diese Initiative zu unterstützen und ihr durch eine Neuorientierung in der Verkehrspolitik zu folgen. Dazu gehört auch, daß sie ihr politisches Gewicht bei der Europäischen Union dafür einsetzt, daß die sinnvolle verkehrspolitische Maßnahme der Schweiz nicht zu einem Ausschlußgrund für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union wird.

(-/21. Februar 1994/hgs/ks)

DOKUMENTATION

"Für eine europäische Beschäftigungspolitik"

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der Deutschen Gruppe der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) haben am 17./18. Februar in der belgischen Hauptstadt eine Brüsseler Erklärung "Für eine europäische Beschäftigungspolitik" verabschiedet. Der Wortlaut:

Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der Deutschen Gruppe der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas fordern bei ihrer Tagung in Brüssel mit Nachdruck eine europäische Beschäftigungsinitiative ein:

Die Europäische Union verfügt über ein gewaltiges Wirtschaftspotential, das seinesgleichen in der Welt sucht. Hochqualifizierte Arbeitskräfte, ein gewaltiges Industriepotential und ein gut ausgebautes soziales Netz bieten eine hervorragende Grundlage für den Ausbau von umweltgerechter Produktion und für konkurrenzfähigen Handel.

Dieses Potential wurde bisher nicht ausreichend genutzt. Auch die Bundesregierung hat durch ihre falsche Wirtschafts- und Haushaltspolitik dazu beigetragen, daß in Europa die falschen beschäftigungspolitischen Signale gesetzt wurden. Die Folge dieser Politik ist die steigende Massenarbeitslosigkeit in Europa, von der 20 Millionen Menschen betroffen sind. Weitere 30 Millionen leben an der Armutsgrenze und sind dadurch an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Dies ist nicht hinnehmbar und muß endlich beendet werden. Den Menschen in Europa muß wieder Hoffnung und Perspektive gegeben werden.

Besonders dramatisch stellt sich die Situation der jungen Menschen in allen Ländern der Europäischen Union dar. Durchschnittlich sind inzwischen 20 Prozent der Jugendlichen nach Schul- und Berufsausbildung ohne Arbeit. Gesellschaftspolitische Stabilität in Europa kann nur gesichert bleiben, wenn diesen jungen Menschen der Weg in die Arbeitswelt nicht versperrt bleibt. Vernünftige Zukunftsperspektiven, soziale und wirtschaftliche Eingliederung sind ein entscheidendes Mittel rechtsradikalen und nationalistischen Tendenzen in der Gesellschaft keine Chance zu geben.

Die Fraktionsvorsitzenden begrüßen die Vorschläge der Europäischen Kommission, an ihrer Spitze Jacques Delors, die diese in ihrem Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" zur Überwindung der Rezession in Europa gemacht hat. Viele dieser Vorschläge greifen Anregungen der SPD auf. Sie fordern deshalb eine rasche Umsetzung dieser Forderungen. Die Bundesregierung muß endlich ihre Blockade aufgeben und der Umsetzung des Weißbuches zustimmen.

Zu einem europäischen Gesamtplan zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und zur dauerhaften Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Absicherung der sozialen Dimension gehören:

- **Gemeinsame Maßnahmen zu verstärkten privaten und öffentlichen Investitionen, insbesondere in Forschung und Technologie, in transeuropäische Netze und im Umweltbereich.**

Dadurch könnte die Wirtschaft der Europäischen Union einen kräftigen An Schub erfahren. Die in diesen Bereichen brachliegenden Arbeitsplatzpotentiale sind auszuschöpfen. Investitionen in Forschungsvorhaben sind Investitionen in die Zukunft Europas. Wer wie die Bundesregierung die Bedeutung dieser Aufgaben national nicht erkannt hat und den Forschungshaushalt in den letzten Jahren unverantwortlich gekürzt hat und auch europäische Vorschläge abwehrt, verspielt die Chancen Deutschlands und Europas im Vergleich zu den anderen Weltwirtschaftszentren Amerika und Pazifischer Raum.

- **Abgestimmte Aktionen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter Einbeziehung der Tarifparteien zu umfassender Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung und gerechterer Verteilung der Arbeit.**

Die Tarifvertragsparteien müssen in eigener Verantwortung zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik finden. Kurzfristige Reallohnneinbußen sind nur bei tatsächlicher Verwendung der eingesparten Mittel für die Finanzierung neuer, beziehungsweise für die Absicherung bestehender Arbeitsplätze gerechtfertigt. Eine dauerhafte Absenkung der Löhne und Gehälter würde dagegen die private Endnachfrage im Europäischen Binnenmarkt schwächen und zu langfristiger Stagnation und Wachstumsverzicht führen.

- **Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft, der Investitionen auslöst.**

Die Fraktionsvorsitzenden sind davon überzeugt, daß es möglich ist, sowohl die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen als auch den Umweltschutz zu verbessern. Die Verbesserung der Umweltbedingungen kann erreicht werden, wenn die Energie- und Transportprobleme in Europa ökologisch gelöst werden. Der Markt für Umwelttechnologien stellt für die europäische Wirtschaft ein noch nicht ausgeschöpftes beträchtliches Geschäftsfeld dar. Der Vorsprung, den Europa jetzt noch auf diesem Gebiet hat, muß durch Weiterentwicklung der Umwelttechnologien dazu genutzt werden, daß Europa weiterhin auf diesem Feld führend bleibt. Dies schafft Arbeitsplätze und dient den Menschen.

- **Eine Neuorientierung des Bildungs- und Qualifikationssystems unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.**

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, insbesondere jedoch Jugendliche, müssen das Recht auf Ausbildung und ständige Fortbildung erhalten. Der verheerende Trend, daß insbesondere schlecht ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitslos sind, muß endlich gestoppt werden durch Qualifizierungsmaßnahmen und durch Verringerung der Lohnnebenkosten im Rahmen einer Steuer- und Abgabenreform, die Arbeit ent- und den umweltschädigenden Verbrauch von Rohstoffen belastet.

- **Chancengleichheit für Frauen. Sie sind ein zunehmend wichtiger Teil des europäischen Arbeitsmarktes, und als die am besten ausgebildete Generation der Frauen sind sie ein Wettbewerbsvorteil für Europa.**

Trotzdem stellen Frauen die Mehrheit der Arbeitslosen. Eine Wiederbeschäftigungspolitik muß daher Chancengleichheit einschließen, und das Arbeitsleben muß so organisiert werden, daß es sowohl Männern als auch Frauen erlaubt, Arbeit und andere Verantwortlichkeiten in Familie und Gesellschaft miteinander zu verbinden. Durch Tarifverhandlungen, aber auch durch die Gesetzgebung muß zur Vermeidung der Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten der soziale Schutz so erweitert werden, daß er alle Formen der Arbeit abdeckt.

- **Stärkung der Wirtschaftskraft der Regionen.**

Eine regionale Entwicklungspolitik kann die Rahmenbedingungen setzen, daß Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung und in die Unterstützung der Gründung neuer Unternehmen gefördert werden. Die Wirtschaftskraft Europas hängt nicht zuletzt von der Wirtschaftskraft seiner Regionen ab. Die Europäische Union kann auf Dauer nicht bestehen, wenn die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Regionen Europas sich weiter auseinanderentwickelt.

(-/21. Februar 1994/hgs/ks)
